

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundfunk“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abonnementpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...
Einzelheftpreis: 10 Pf. (Postgebühren 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Druck- und Postgebühren 2.46 Rmt.)

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 200 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio...
Unverlangt eingekamte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Vergleich zwischen Reich und Thüringen

Das thüringische Gesamtstaatsministerium verpflichtet sich zur Gewährleistung der unparteiischen Führung der Schutzpolizei Das Reich hebt darauf die Sperre der Zuschüsse auf

Leipzig, 22. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Die am Montag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in Sachen Thüringen gegen die Reich geführten Verhandlungen führten nach zweifelhafter Sprache zu Annahme folgenden Vergleichs:
Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Frage, ob inwieweit die NSDAP. umstürzlerische oder sonst welche Ziele verfolgt, im Rahmen des gegenwärtigen Vergleichs nicht ausgetragen werden kann und soll. Der Standpunkt jeder Partei zu dieser Frage einnimmt, wird durch den Vergleich und die in ihm abgegebenen Erklärungen in der Weise berührt. Die Parteien gehen davon aus, daß die grundsätzliche Frage demnächst in einem anderen vor Reichsgericht schwebenden Verfahren einer Klärung zugewendet werden wird.
Das Reich hebt die Sperrung der Polizeizuschüsse auf; die in der einbehaltenen Beträge werden nach dem Land Thüringen zurückgeführt.
Das Land Thüringen erkennt wiederholt die Verpflichtung der Reich zu tragen, daß der unpolitische Charakter der Polizei als Ganzes, wie auch das unpolitische Verhalten einzelner Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet wird. Demnach wird die thüringische Regierung bei der Anstellung, Führung und Verlegung von Polizeibeamten nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nur nach den Gesichtspunkten der Eignung und des dienstlichen Interesses handeln. Die Parteien sind einig, daß hiermit eine grundsätzliche Ablehnung der Einstellung von Sozialdemokraten ebenso einsehbar ist, wie eine Weitergabe von Bewerberlisten an Parteiorganisation zwecks Feststellung der Parteizugehörigkeit.
Die Gewähr für die Einhaltung dieser Verpflichtungen nimmt das thüringische Staatsministerium in seiner Gesamtheit.
Der Frage, ob die Grundzüge und Vereinbarungen, auf denen die Polizeizuschüsse an die Länder gezahlt werden, eine rechtliche Zahlungsspflicht oder nur eine politische Verpflichtung des Reiches begründen, wird durch diesen Vergleich vorgegriffen.

regierung in Leipzig durch ihren Vorsitzenden verpflichtet, daß der unpolitische Charakter der Schutzpolizei künftig unbedingt gewährleistet wird und eine grundsätzliche Ablehnung der Einstellung von Sozialdemokraten nicht mehr erfolgt. In dieser Beziehung bedeutet der Vergleich zweifellos einen Erfolg der vom Reich gegen Thüringen geführten Kampagne. Fried bleibt zwar Polizeiminister, aber er wird unter den Kuratel der thüringischen Gesamtregierung gestellt.
Den anderen durch die Aktion des Reiches aufgeworfenen prinzipiellen Fragen ist man in Leipzig zunächst leider aus dem Wege gegangen. Man hat sich damit geholfen, daß man ihre Klärung auf unbestimmte Zeit vertagt hat.
Das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren, das über die umstürzlerischen oder sonstigen strafbaren Ziele der Nazis die notwendige Klarheit schaffen soll, ist gegen den Berliner Geschäftsführer der NSDAP, Dr. Goebbels, gerichtet.
Die Berliner Presse zu dem Vergleich
Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Vergleich zwischen dem Reich und Thüringen: Für das künftige Wohlergehen von Herrn Fried werden Garantien gegeben. Nachdem Herr Dingeldey, der neue Führer der Volkspartei, die Haltung seiner Thüringer Parteifreunde gegen den Reichsinnenminister Wirth unterläßt hat, muß der innere Wert dieser Garantien sehr fraglich angesehen werden. Nach dem Ausgang des Streites zwischen dem Reich und Herrn Fried müssen die Republikaner Herrn Fried noch mehr als bisher auf die Fingerspitzen setzen.
Die „Germania“ bemerkt: Man darf sagen, daß die Reichsregierung unter der Garantie des thüringischen Gesamtministeriums jene Zusicherungen erhalten hat, die notwendig waren, um den Streit zu beenden. Es kommt jetzt allerdings darauf an, daß die Praxis des Ministers Fried diesen Zusicherungen entspricht. Hierüber zu machen, ist zunächst Aufgabe des thüringischen Staatsministeriums, das nunmehr im Gegensatz zu früher durch Übernahme eindeutiger Verpflichtungen gebunden ist. Nebenbei darf man darauf hinweisen, daß in diesem Ministerium die Deutsche Volkspartei vertreten ist die auf die Innehaltung des Vergleichs größten Wert legen sollte. Was man zu tun ist, aber auch Aufgabe und Pflicht des Reiches selbst, das durch den Vergleich eine erweiterte Rechtsgrundlage gegenüber Thüringen erhalten hat und aufmerksam darauf achten muß, daß sie gewahrt bleibt.

Gefahren der Außenpolitik

Berlin, 22. Dezember. (Eigener Bericht.)
Es lohnt nicht der Mühe, sich länger bei einer Kritik der Unvorsichtigkeit aufzuhalten, mit der sich die Nationalsozialisten über jene Verfassungsbestimmung hinwegsetzen, die die Geheimhaltung der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses festsetzt. Die Herren verfolgen die Absicht, die parlamentarischen Arbeiten zu sabotieren und unmöglich zu machen, und ihnen ist jedes, auch das unanständigste Mittel, von dem sie sich Erfolg versprechen, recht. Daß sie sich mit ihrem Verhalten selber schädigen, insofern, als kein Außenminister mehr wagen darf, in ihrer Gegenwart von vertraulichen Angelegenheiten zu sprechen, scheint sie nicht zu berühren. Ihnen geht es ausschließlich darum, Propagandamaterial zu erhalten, und alles andere ist ihnen gleichgültig.
Es hat auch keinen Zweck, mit den Fried, Rosenbergs und wie sie heißen mögen, in eine Erörterung darüber einzutreten, daß sie, die Gegner des Parlamentarismus, den Parlamentarismus sozulagen überparlamentarisieren, indem sie dem Ausschuss Rechte zuweisen wollen, die nur dem Plenum gebühren und so neben dem Reichstag noch eine Art von zweiter Volksvertretung zu schaffen bestrebt sind. Sie würden uns antworten, daß sie auf Folgerichtigkeit weder in ihren programmatischen Forderungen noch in ihrer politischen Praxis entscheidendes Gewicht legen. Ihre Absicht geht dahin, jede Gelegenheit zu benutzen, um ihre oppositionelle Haltung und namentlich ihren entschlossenen Radikalismus zu demonstrieren. Mag darüber zerbrochen, was zerbrechen will.
Im bürgerlichen Lager gibt es Leute, die sich als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnen, aber den Wahlerfolg dieser Partei doch deshalb begrüßen, weil er im Ausland die deutsche Not und den Widerstandswillen des deutschen Volkes offenbare. Es seien in der Hitlerbewegung starke nationale Kräfte vorhanden und die, so sagt beispielsweise die Deutsche Volkspartei, müsse man dem Lande dienstbar zu machen suchen. Wir wollen einmal davon absehen, inwieweit diese These auf Mangel an Mut und vor allem auf die Furcht vor der Konkurrenz zurückzuführen ist. Wir wollen zugeben, daß es wünschenswert erscheint, wenn den anderen — unferntwegen auch durch das Erstarken einer bestimmten Partei — die Kenntnis von unserer inneren Lage und von der Reaktion, die die Nachkriegspolitik der Sieger herausbeschworen hat, näher gebracht wird. An sich könnte auf diese Weise ein außenpolitischer Erfolg erreicht werden. Aber die erste Voraussetzung ist doch, daß die neue Bewegung Ziele aufstellt und Methoden anwendet, die einmal mit den Möglichkeiten, über die Deutschland verfügt, im Einklang stehen, und die zum ändern unsere Position gegenüber dem Ausland nicht nur schwächen, sondern stärken. Dieser Voraussetzung aber entspricht das Auftreten der Nationalsozialisten in keiner Weise.
Die internationale Lage Deutschlands ist zurzeit ohne allen Zweifel besonders schlecht. Wir stehen vor einer ganzen Reihe von Problemen, deren Lösung die denkbar größten Schwierigkeiten bereiten. Die schwere Last der Reparationszahlungen macht sich in der Wirtschaftskrise doppelt und dreifach fühlbar. Der Konflikt mit Polen gibt zu lebhaften Befürchtungen Anlaß. Die Weigerung Frankreichs und seiner Freunde in der Abrüstungsfrage, aus dem Versailler Vertrag und dem Völkerbundspakt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, trübt unser Verhältnis zu unseren Nachbarn und zum Völkerbund. Wir haben wahrhaftig allen Grund zur Unzufriedenheit und zu Beschwerden. Wir stehen die außenpolitische Linie, die Deutschland bisher innegehalten hat, gefährdet, und wir haben die Pflicht, ernsthaft zu prüfen, ob neue Wege einzuschlagen sind oder ob auf dem alten etwa eine Veränderung des Richttempos oder der Zielsetzung Erfolg verspricht.
Die Nationalsozialisten aber machen es sich mit dieser Prüfung leicht. Sie haben die fertigen Rezepte oder be-

Wirtschaftskonferenz fünf nordischer Staaten

Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien beteiligt Abwehr der deutschen Zollpolitik der Zweck? - Neuorientierung Belgiens?

Oslo sagt augenblicklich eine Wirtschaftskonferenz, auf der die Regierungen von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien verhandeln. Die Konferenz verdient Beachtung, weil sie möglicherweise den Ausgangspunkt einer neuen Phase der europäischen Politik bilden kann, mindestens soweit die nordischen Staaten in Betracht kommen.
Als Zweck der Konferenz wird angegeben: Förderung wirtschaftlicher Annäherung zwischen den beteiligten Ländern im Geiste der Genfer Wirtschaftsverhandlungen. Sie wurde einberufen, die genannten Länder vorläufig an einem praktischen Erfolg der Genfer angestrebten internationalen Wirtschaftsverhandlungen und zunächst einmal im kleineren Rahmen über gewisse eine Verständigung herbeiführen wollen. Daß die Länder vor allem ihre eigenen Wirtschaftsinteressen im Auge behalten, ist selbstverständlich.
Vorläufig wird die Konferenz zur Unterzeichnung von Abkommen führen, das zunächst eine Erhöhung der Zollsätze der betreffenden Länder erfordert. Erhöhungen sollen in Zukunft nicht ohne vorherige Verhandlungen unter den fünf Ländern vorgenommen werden. Dies wird in dem Abkommen bestimmt werden, daß für den Fall der eine oder andere Staat zu zollpolitischen Abweichungen von den Bestimmungen gegen andere Länder geneigt sein sollte, dafür zu sorgen ist, daß den genannten Vertragspartnern kein Nachteil daraus erwächst. Schließlich wollen sich die Vertragsländer zu einem allgemeinen gegenwärtigen Beistand bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen oder bei Wirtschaftskrisen mit anderen Ländern verpflichten.
Es liegt also auf der Hand, daß die Debatte Wirtschaftsverhandlungen im Hinblick auf die zollpolitischen Differenzen von Bedeutung. Darüber hinaus aber ist die Tatsache, daß gerade die nordischen Staaten in dem Maß, in dem sie sich zu den praktischen alle Handelsländer und Belgien gemeinsamen und selbständigen Unternehmen hin-

zusammenfinden, von allgemeinem Interesse. Insbesondere handelt es sich bei den Verhandlungen, mindestens soweit Belgien in Frage kommt, um einen ernst zu nehmenden Versuch, eine Neuorientierung der Politik und der Wirtschaftspolitik von Frankreich weg nach den nordischen Kleinstaaten hin.
In diesem Zusammenhang verdient ein Artikel Banderweldes im „Frühling“ über das französisch-belgische Militärabkommen und die Abrüstung größte Beachtung. Banderwede widerlegt zunächst noch einmal die im Ausland verbreitete falsche Ansicht, daß es sich bei diesem Abkommen um ein Militärabkommen handelt oder daß es neben dem veröffentlichten und beim Völkerbund angemeldeten Text noch irgend einen Geheimvertrag gebe. Er fügt aber hinzu, daß allerdings neben dem veröffentlichten Abkommen Vereinbarungen der Generalkräfte der beiden Länder bestehen, die untergeordnet geblieben müßten und soweit sie von den Regierungen und Parlamenten gebilligt wurden, tatsächlich die ganze Militär- und Außenpolitik der beiden Länder beeinflussen würden. Banderwede läßt durchblicken, daß die Vorschläge der belgischen Regierung für den Bau der Grenzbesatzungen nur unter diesem Gesichtspunkt verständlich sind, und daß dieses neben der grundsätzlichen Gegnerlichkeit gegen übertriebene Kriegsausgaben der Grund dafür ist, daß die belgische konservativere Partei diese Militärausgaben aus Rücksicht befehligen. Banderwede fügt weiter aus, daß das französisch-belgische Militärabkommen zu dem Zeitpunkt abgeschlossen wurde, als unmittelbar nach dem Kriege keine Besatzungen haben konnte, daß es aber heute, nach dem Vertrag von Locarno, seinen Sinn verloren hat und überflüssig geworden ist. Die Aufrechterhaltung des französisch-belgischen Abkommens und nach dem Zerfall des Locarno-Vertrages sei nur geeignet, im Ausland die oben erwähnten Zweifel und Misstrauen zu stiften. Banderwede läßt sich schließlich an, daß die von ihm angeführten Fragen zunächst auf dem kommenden Kongress der christlichen Arbeiterpartei als auch im belgischen Parlament zur Sprache kommen werden. Er hält die Fragen, insbesondere vom Standpunkt der internationalen

Politik und der allgemeinen Abrüstung aus, für außerordentlich wichtig.
Indem die Jasper-Regierung, so schreibt Banderwede zum Schluß seines Artikels, weitere Berechtigungen erwirken will, die als Verlängerung oder Ergänzung der französischen erscheinen, stellt sie das Land vor folgendes Dilemma: Entweder eine unvollständige Sicherheit durch Beteiligung am internationalen Völkerbund zu suchen oder keine Beteiligung zu verschmähen, damit den von den Siegern 1918 eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen wird. Die erstgenannte Politik führt unfehlbar zum Kriege und zur Katastrophe. Wer die zweite kann zum Frieden führen, durch die allgemeine Gleichzeitigkeit und Überwältigung. Die heutige belgische Regierung schwankt nicht zwischen der einen und anderen Politik. Die Arbeiterpartei aber mag damit sorgen, daß die Friedenspolitik zum Siege geführt wird, im Gegensatz mit den französischen Sozialisten und der belgischen Arbeiterpartei, sowie der belgischen Sozialisten.

hauptsächlichsten, in ihrem Besten zu sein. Sie lösen alle Fragen spielend zur gleichen Zeit. Die Young-Forderungen werden eingestellt, die diplomatischen Beziehungen zu Polen werden abgebrochen, der deutsche Vertreter bei der Abrüstungskonferenz wird zurückgezogen. Wenn in der Ratsitzung vom Januar Deutschland und die deutschen Minderheiten in Polen nicht die letzte Genugtuung erhalten, dann tritt Deutschland aus dem Völkerverbund aus, und wenn im Januar für die endgültige Abrüstungskonferenz nicht ein Termin, spätestens für das Frühjahr 1931 festgelegt wird, dann hält sich Deutschland nicht länger an den Versailler Vertrag gebunden und beginnt mit der Aufrüstung. Alles sehr klar, sehr einfach und sehr radikal. Nur über das, was dann kommen wird, wenn Deutschland mit der „Wehrverpflichtung“ beginnt und wenn es sich aus der Gemeinschaft der übrigen Staaten losgelöst hat — darüber wird nichts gesagt. Oder soll es etwa genügen, daß man uns auf die Aussicht einer Unterstützung durch Italien, Ungarn und gelegentlich auch England verweist? Glaubt man im Ernst, daß die Regierungen dieser Länder sich uns freundlicher zeigen würden, wenn wir unter dem Druck Hitlers uns zu krassester Unbesonnenheit und Boreiligkeit bestimmen ließen?

Nach einmal: Die außenpolitische Lage Deutschlands ist ernst. Aber sie wird nicht gebessert durch Methoden, die darauf hinauslaufen, das bisherige System von Grund aus zu verändern. Das nationalsozialistische Vorgehen wird gerade das entgegengesetzte Ergebnis haben. Die vernünftigen und verständigungsorientierten Elemente jenseits der Grenze werden abgeschreckt und eingeschüchtert. Die Nationalisten drängen werden triumphieren und die Haltung der Regierungen, auf die es ankommt, wird sich verschärfen, statt sich zu lockern.

Für Herrn Hitler ist noch nicht Ostator und Herr Rosenberg ist noch nicht sein Außenminister. Aber es gibt eine große Gefahr und sie besteht darin, daß ein ungültiges bürgerliches Regime sich zu Jugendsünden an die lärmende Opposition bereit findet, und wir können uns der Befürchtung nicht ganz entschlagen, daß die Leitung der deutschen Außenpolitik auf diese verhängnisvolle Bahn hinausgerät. Die über das Ziel hinauschießende Rede, die der Außenminister seinerzeit über die Straßentumulte in Prag gehalten hat, seine Mitwirkung bei dem Verbot des Remarque-Films sind einige von den Anzeichen, die darauf deuten, daß man in der Wilhelmstraße Wert darauf legt, bei den Nationalsozialisten in ein besseres Ansehen zu kommen. Man versteht uns nicht falsch: Wir wollen die deutschen Interessen mit Nachdruck vertreten sehen, wir wollen unsere berechtigten Ansprüche energisch wahrgenommen wissen, aber der Schein muß vermieden werden, als ob den nationalsozialistischen Methoden Rechnung getragen werde. Sieht es so aus, als ob die veranimatorischen Lärmwacher um Hitler die auswärtige Politik beeinflussen, dann wird die Durchsetzung unserer Forderungen gegen zu Hindernissen begegnet als bisher. Die Nationalsozialisten mitregieren lassen, würde für die Äußerer wie für die innere Politik ein höchst bedenkliches Experiment bedeuten. Aber ist ebenso bedenklich oder noch bedenklicher wäre es, die Segel nach ihrem Winde zu stellen, wenn und solange sie sich in jeder Beziehung in dem Zustand der Verantwortungslosigkeit befinden.

Vom Kriegsgeist

Der Film „Im Westen nichts Neues“ ist in Deutschland verboten, weil er angeblich die deutsche Niederlage darstelle, eine Beleidigung des deutschen Heldentums enthalte und das Ansehen Deutschlands in der Welt herabzusetzen geeignet sei. Die Gründe des Verbots in Deutschland sind jenseitig, aber sie lassen über die Zwecke und Absichten derer, die das Verbot herbeiführt, keine Illusionen. In Polen hat man denselben Film ebenfalls verboten, hier aber mit der Begründung, daß er eine große Propaganda für Deutschland und deutsches Heldentum darstelle. Was in Berlin noch Herabsetzung deutscher Heldentum ist, wird in Warschau schon als propagandistische Verherrlichung deutscher Heldentum gewertet! So kann dasselbe Ding, von zwei Seiten her betrachtet, ein vollständig anderes Gesicht zeigen! Im Grunde genommen jedoch steht man in Berlin und in Warschau ein und dasselbe Ding, und man will ein und dasselbe mit dem Verbot treffen, nur die Begründungen sind verschieden. Von diesem Film geht eine abscheuliche Wirkung aus, weil er das Gesicht des Krieges ohne Maske zeigt.

Dies Gesicht will man der heranwachsenden Jugend, die den Krieg nicht kennt, weder in Berlin noch in Warschau offen zeigen. Man will sie in fröhlicher Unkenntnis der Wirklichkeit des modernen Krieges halten. In Berlin lehrt man ihnen, daß der Krieg im großen Maßstab zeigt, was die Befähigung der Nationalsozialisten im Kleinen ist — zwanzig Mann stark über einen einzigen Gegner herfallen, um ihn zu Boden zu schlagen, um die Erde herum, aus sicherem Hinterhalt politische Gegner abzuschleichen, und sehr viel Heil rufen vor den Führern. In Warschau wieder mahnt man den Glauben, daß der Krieg auch nichts anderes sei als das, was die Horden Wikifudis in Oberschlesien und in der Ukraine gegen die nationalen Minderheiten treiben.

In dem Bild, das man der Jugend einprägen will, ist der Gegner immer schwach, immer unterlegen, und getötet, zerstört, vernichtet werden immer nur die anderen. Auf der eigenen Seite ist das Heldentum, das Strohgeschrei und die Siegerpose.

Eine militaristische Propaganda, die für die heranwachsende Jugend daselbe sein will wie für den unwilligen Soldaten der Schnaps vor der Schlacht, fühlt sich gestört, wenn daran gemahnt wird, daß der Gegner auch schießt, daß Kriegsführen Entschliches für die Krieger der eigenen Seite und für das eigene Volk bedeutet.

Das ist der Geist, der in Berlin wie in Warschau zum Verbot des gleichen Films geführt hat mit so entgegengesetzten Begründungen!

Beispiellose Rohheit der Nazis

Das Große Schöffengericht Spandau verurteilte am Donnerstag fünf zu den Nazis zählende Kommissare wegen eines blutigen Überfalls auf Reichsbannerleute zu schweren Gefängnisstrafen. Es erließen die Angeklagten Sabia und Bartischel unter Anrechnung der Untersuchungshaft ein Jahr Gefängnis, der Angeklagte Herwald sechs Monate, der Angeklagte Johann Harms vier Monate, der Angeklagte Franz Harms sechs Wochen Gefängnis. Den Angeklagten Franz Harms und Herwald wurde gegen Zahlung einer Geldbuße von 50 Mark Bewährungsfrist zugesprochen.

Am 31. August veranstaltete der Sozialdemokratische Ortsverein Seeburg in Ostpreußen ein Vergnügen, zu dem zahlreiche auswärtige Teilnehmer erschienen waren, darunter auch viele Jungbannern aus Spandau. Nach Schluß des Vergnügens wurden die heimkehrenden Jungbannern von mehreren Bannern in Seeburg überfallen. Die Jungbannern erlitten erhebliche Verletzungen. Die Jungbannern Richter und Reinhardt mußten an den Folgen schwerer Schädelbrüche und Verletzungen viele Wochen im Krankenhaus verbringen. Die Haupttäter waren die Angeklagten Sabia und Bartischel. Sabia hat den Jungbannermann Reinhardt mit einem Pflasterstein und einer Autokardiel so zugerichtet, daß ihm ein etwa 5 Mark großes Stück aus der Schädeldach herausgeschlagen wurde. Die Angeklagten waren gefällig. Auf Grund der Aussagen der sechzehn Zeugen, die geladen waren, ergab sich ihre Schuld in vollem Umfange. Nur der Angeklagte Herwald, der im Verdacht steht, einen der Jungbannern durch einen Messerwurf verletzt zu haben, bestritt seine Schuld. Er konnte nicht überführt werden. In der Anklagerede führte der Staatsanwalt an, daß die Angeklagten, obwohl sie durchweg unbekannt seien, mit einer exemplarischen Strafe belegt werden müssen, denn der Überfall zeugt von einer beispiellosen Rohheit und Verworfenheit.

Zwei neue Verbote

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das Erscheinen des „Blauen Blattes“, des kommunistischen Organes für den Bezirk Halle-Merseburg, einschließlich seiner Korrespondenz auf die Dauer von zwei Wochen verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß das kommunistische Blatt für eine gewalttätige Anpreisung der Sowjet-Diktatur in Deutschland Propaganda gemacht habe.

Die Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Arnberg haben im Hinblick auf die von den Kommunisten angeführten Demonstrationen am Heiligabend alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle politischen Demonstrationen für den 24. Dezember verboten. Der Regierungspräsident von Münster hat das gleiche Verbot bis zum 2. Januar ausgedehnt, ebenso der Polizeipräsident von Hagen.

Bürgermeisterwahl in Hamburg

Der Senat hat für das Jahr 1931 Bürgermeister Rudolf Köpcke (Sozialdemokrat) zum Ersten Bürgermeister und Bürgermeister Dr. Carl Petersen zum Zweiten Bürgermeister gewählt.

Ganz Geheimnis vom Parteivorstand

Die „Rote Fahne“ hat kürzlich von einer ganz Alarmierung des „engeren“ Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei phantasiert, in die sie ihr langes Ohr hineinsteckt. In der sie unter anderem auch die Genossen Severin und Kurt Rosenfeld gehört haben wollte. Obwohl Rolle erklärt hat, nie, Sebering seit 1 1/2 Jahren mehr an einer Parteivorstandssitzung genommen zu haben, obwohl sie auch jeder derer, die zu Sitzungen des Parteivorstandes Berichterstattung „Rahne“ keinen Zutritt haben, fährt die kommunistische „Rahne“ fort, die Lügengeschichte weiter zu verbreiten. Das tun kann, ohne in ihren eigenen Reihen auf Kritik zu stoßen, nur ein neuer Beweis dafür, daß die Dummheit hierzulande nicht ausgestorben ist.

Hugenbergs Friederichs-Paropticum fällt

In der Montag-Abend-Vorstellung des Friederichs-Film der Ufa des Herrn Hugenberg kam es wieder zu Unannehmlichkeiten. Die Ufa läßt jetzt den Schluß des Films, die dämmernde Wadspure, nur noch bei erleuchtetem Saal laufen. Saal ist neuerdings regelmäßig nur noch halb besetzt.

Neuer Reinfall Freis

Der vierte Straßensatz des Reichsgerichts am Montag das von dem Thüringischen Innenminister Dr. Freis verhängte Verbot des sozialdemokratischen „Saalfelder Volksblatts“ mit sofortiger Wirkung gehoben.

Curtius Vorsitzender des Völkerbundrats

Der 62. Tagung des Völkerbundrates, die am 19. Januar in Genf beginnt, wird Reichsaussenminister Dr. Curtius vorziehen. Die Konferenz hat sich u. a. mit der Festsetzung des Termins für die Abrüstungskonferenz und deutschen Beschwerden über polnische Terrorakte zu beschäftigen.

Trauerfeier für Kaushet in Warschau

Warschau, 22. Dezember. An dem heutigen Trauertag, der in der Warschauer evangelischen Kirche für den toten Gelandten Dr. Kaushet stattfand, nahmen ein Vertreter des polnischen Staatspräsidenten die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft und der deutschen Kolonie und geladene diplomatische Korps teil, ferner zahlreiche Vertreter der polnischen Regierung und Mitglieder des polnischen Ministeriums mit dem Minister Jaleski an der Spitze, polnische Politiker aller Parteien, darunter der frühere Ministerpräsident Graf Strypski, die Abgeordneten Jurek Radziwill, Stronik, Vertreter der polnischen Sozialisten der nationalen Minderheiten. Pfarrer Losh rühmte in der Gedächtnisrede die Friedensarbeit des Verstorbenen. Die Klänge des Chopinischen Trauermarsches schloßen die Feier ab.

Aus der Haft entlassen

Kopenhagen, 22. Dezember. (Eig. Draht.) Der kommunistische Arbeitslosenführer, kürzlich im Reichstag auf den Sozialminister K. Nevolerich abgab und daraufhin verhaftet wurde, ist Montag aus der Haft entlassen worden. Der Kommunist gab an, daß er weder der Sozialminister noch eine andere Sache treffen wollen, sondern lediglich einen Schreckschuß abgegeben habe. Die Anklagebehörde schenkte diesen Äußerungen Glauben und setzte den kommunistischen Arbeitslosenführer auf freiem Fuß.

Der „kleine“ Bratianu gestorben

Bukarest, 23. Dezember. (Eigener Funkenbericht.) Der Vorsitzende der Liberalen Partei, Bratianu, der Bruder des großen Bratianu, ist am Montag im Alter von 61 Jahren an den Folgen einer Lungenlähmung gestorben. Bratianu litt schon seit Jahren an vorgezeichneten Arterienverkalkung.

Die hölzernen Strenge

von Roland Dorgelès
Vervollständigte Übersetzung von „Les Croix de bois“
durch Tony Keller und Edmund Hirtel
Copyright by Montane-Verlag U. G. Bonn-Überrahn
(Nachdruck verboten.)
Die marinierten Leute und punktierten Kämpfer sind ab, um nur den jungen Mädchen die zu tun und bei den Reiter Einheiten zu bleiben, und als Kommandant eines aufgelassen Regiments nachkommen, das in Kämpferung ging, sehen mit je ein wenig Kämpfer, um aber heraus zu:
„Seine Sache, was? So schauen immer, wo die andere in den Graben gehen.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
In einem grünlichen Gürtel, den ein junger Mann von den Feldkämpfern an seinen Hüften trug, hatte man ein rotes Kreuz, das er schon seit einiger Zeit trug. Er sah es als ein Zeichen der Ehre, und es war ihm ein wenig peinlich, um seinen Namen zu erkennen, wie der Kämpfer ihm dort hinein war. Die Kämpfer, die er sah, sahen sie nicht an.
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
In einem grünlichen Gürtel, den ein junger Mann von den Feldkämpfern an seinen Hüften trug, hatte man ein rotes Kreuz, das er schon seit einiger Zeit trug. Er sah es als ein Zeichen der Ehre, und es war ihm ein wenig peinlich, um seinen Namen zu erkennen, wie der Kämpfer ihm dort hinein war. Die Kämpfer, die er sah, sahen sie nicht an.
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“

den Blick auf den Souffleur seine Selbstliebe angezogen hatte. Dort drängten sich eine zwanzig Leute um einen Souffleur. Neben in der Gruppe gab jemand mit ausgebreiteten Armen eine Bestätigung, wie ein Schmarotzer, der die Genossen haben will, brachte er sich einmal mit einer freisprechenden Handbewegung. Er hatte kein Kämpfergehor gegen und sah in seine behäutete Brust genommen, um zu sehen, ob er in den Boden und nicht die Klinge mit einem „hornd“ wie ein Soldat mit einem einzigen, strapazierten Stiefel bis zum Kopf in ein ungeheures Dölkennetz, das ihn an zwanzig Stellen angegriffen war. Alle, die die Schindelnabnehmer ihm entgegen hielten, drängten sich weiter ihm, schlangen ihre Köpfe und Hände, als ob sie einander losgerissen wollten. Die Jungen sah über das Gesicht her, und einer nach dem anderen sah mit wilden Blicken ein Gesicht herüber. Dann nahmen sie sich auch nach Zetteln und Schenkeln, die zertrümmerte Hände seiner Hände und lag nur noch in Fetzen auf der zertrümmerten Tischplatte. Demnach schien nur der Kopf, daß es nicht möglich sei, den letzten Wapp zu je zu machen, er hatte Souffleur verstanden, und der Mann im Sturzschritt hinst, sein linker Hand mehrmals war je über der ständig nachher sah.
„Schonmal!“ brüllte er. „Ich weiß, kommt ihr noch entgegen und brühtet es, weil der Krieg nicht trägt. Jetzt ist mir alles egal, das werde ich dem Regiment.“
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“

der Mann, mich daran zu hindern“, erwiderte der andere ruhig seine trostige Stirn. „Man geht anständig freisch.“
„Weil es bei dir zuhause nie freisch gegeben hat.“
„Bei mir gabs vielleicht mehr zu freisen als bei dir, du lauß hier auf den feinen Mann warten, du hast oft genug Rohdampf geschoben, sonst hättest du mich schon.“
„Sind Sie ruhig, Frankeis, sonst rade ich Sie zur.“
Da drängte sich der aufmerksam lautende Zuhörer näher heran: Achtung! Er hatte „Sie“ gesagt, die Sache sah sich zuippen... Souffleur, patrot vor Aufregung und Schweisptropfen auf der Stirn, sammelte und schluckte fünf Zeug zusammen.
„Du nicht zurechtfinden... Du noch lange nicht.“
Demnach, aber nicht gerade sehr zurechtfindlich.
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“
„Gib mir das Kreuz, du bist ein Kämpfer.“
„Nur keine Angst, du wirst das hübsche Kreuz schon nicht bekommen.“

Höchste Aktivität!

Am Rande des Bürgerkrieges
Von Tony Sender, M. d. R.

eine proletarische Partei, die ein großes Zukunftsziel zu hat, ihre politischen Entscheidungen nur bestimmen dem Wunsch, im Augenblick populär zu sein? Oder hat auch die Pflicht, über den Tag hinausblühend, die besten Voraussetzungen für den — noch schwereren morgen zu schaffen? Das war die schicksalshwere die zu entscheiden war, als die sozialdemokratische Fraktion nach dem 14. September zum erstenmal zusammentrat. Selten waren Beratungen so tief vom Gefühl der Verantwortung vor dieser und der kommenden Generation, vor den wie der internationalen Arbeiterklasse belebt, als in diesen Tagen der Hall war. Und in der mit überwältigender Mehrheit gefassten Entscheidung ließ man sich von dem Gedanken leiten, die Wahrung des großen Zukunftsinteresses der Arbeiterklasse über augenblickliche Popularität gestellt werden. In formeller Fraktionszwang beschlossen wurde, hat die Fraktion (mit Ausnahme eines einzigen Genossen) einmütig im Plenum abgestimmt. Ein Zeichen starken Solidaritäts mit der Partei. In diesem ersten Abschnitt ging es zunächst um die alten Notverordnungen des Brüning-Kabinetts, die wir im Wahlkampf heftigste Kritik gelbt hatten; die Fraktion, unsere Wähler, erwarteten von uns, daß wir die Notverordnungen im Wahlkampf weiter verfolgten und den Einfluß einsetzten, um das Neupersonal an Verbesserungen, was in dem sozialpolitischen Abschnitt herauszuholen. Es ist bemerkenswert, daß ein Teil der Fraktionskollegen so heftig keinerlei wesentlichen Erfolg solcher Verhandlungen zu

erwarteten. Die Fähigkeit und Energie, mit der unsere Unterhändler die Verhandlungen aufnahmen und durchführten, hat dann aber diese Verhandlungen werden lassen und ein Ergebnis erzielt, das wesentliche Verbesserungen in der Krankenversicherung (Beseitigung des Kranken- und Rezeptheims, die Arbeitslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und Geschlechtskranke, des Rezeptheims auch für alle als je nach Lage dauernden Krankheiten) und in der Arbeitslosenversicherung, sowie eine starke Umarbeitung der Steuer unter völliger Freilassung der gleichen Bevölkerung gebracht. Von allen Fraktionskollegen ist die Bedeutung dieses Erfolges auch anerkannt.

Entstand die Frage: Würde sich für diese mit Recht und Zentrum vereinbarten Verbesserungen eine Mehrheit im Reichstag finden? Die Sozialdemokratie legte den Wert auf eine ordnungsgemäße parlamentarische Verhandlung. Nach langen Bemühungen mußte die Regierung an, daß eine solche Mehrheit im Reichstag nicht zu finden. Dränge aber die Sozialdemokratie auf die gesetzliche Festsetzung für das Proletariat erreichten Verbesserungen, so war die Regierung andererseits immer stärker bedroht von der Defizit im Staatshaushalt — eine Folge der unveränderten Wirtschaftskrise.

Die mit der Wahl geschaffene Unsicherheit hatte zur Folge, daß die Räumigungen kurzfristiger Zustandsbedürfnisse erfolglos, die schwereren wirtschaftlichen Druck und die Arbeitslosigkeit. Es mußte gehandelt werden, so rasch wie möglich. Aber auch für die Sanierung der Finanzen war keine Mehrheit im Reichstag zu finden. So beschritt die Regierung den Weg der Verordnung. In dem sozialdemokratischen Verbesserungen der Bestimmungen mit den Bestimmungen zur Sanierung des Staatshaushalts.

Die Fraktion vor der Frage: Sollte sie das die Notleidenden an Verbesserungen Erzielen lassen, die Zerrüttung der Finanzen ungehemmt mit ihrem Lauf nehmen lassen? Die Fraktion übertrug die schwere Verantwortung, da nicht nur ein erheblicher Teil der Sanierungsgesetze in ihrer Gestaltung von den Fraktion aus fürchtete bekämpft wurde, sondern vor allem der der Verordnung in seiner ganzen Gefahr erkannt werden.

Man hier kam man vor die Grundfrage aller Politik: Was zu erkennen und auszusprechen, was man nicht will, und was man nach dieser Ablehnung positiv will und was die Aufhebung von neuen Verordnungen nicht nur die nächsten Erfolge zuhanden machen, sondern den Sturz der Regierung herbeiführen würde — darüber sprachen die Fraktion mit Kritikern nicht aus, mit der Ausnahme eines einzigen, der die Möglichkeit der Herbeiführung des Chaos

Die Regierung Brüning hat nicht das Vertrauen der Sozialdemokratie. Sofort wenn die Regierung besteht, sie durch eine bessere, demokratischere und sozialer eingestellte zu ersetzen, die gekürzt werden. Daß im Augenblick die Möglichkeit nicht gegeben, ist die Tat des Reichstages vom 14. September, das in der, eine beispiellose Not geschaffenen Verzerrung eine anti-demokratische Mehrheit in den Reichstag gewählt hat. Jetzt ist es nicht auszuweichen, sondern klar die Fraktion beantwortet: Was wird eintreten, wenn wir heute Brüning kürzen?

Die Regierung Brüning hat nicht das Vertrauen der Sozialdemokratie. Sofort wenn die Regierung besteht, sie durch eine bessere, demokratischere und sozialer eingestellte zu ersetzen, die gekürzt werden. Daß im Augenblick die Möglichkeit nicht gegeben, ist die Tat des Reichstages vom 14. September, das in der, eine beispiellose Not geschaffenen Verzerrung eine anti-demokratische Mehrheit in den Reichstag gewählt hat. Jetzt ist es nicht auszuweichen, sondern klar die Fraktion beantwortet: Was wird eintreten, wenn wir heute Brüning kürzen?

Wir glauben nicht, daß es revolutionärer Wille und Aufgabe des radikalen Sozialisten sein kann, selbst die Herrschaft der Reaktion des Faschismus herbeizuführen.

Dennoch darf die nun gefällte Entscheidung in keinem Arbeiter das Gefühl werden, jetzt sei eine Ruhepause eingetreten. Gilt es doch zunächst, den Kampf um die Umgestaltung der neuen Verordnungen aufzunehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits zu sämtlichen Abschnitten die wichtigsten grundsätzlichen Anträge eingereicht. Sie wird den Kampf um eine Verbesserung auch dieser Verordnungen zu führen haben.

Sie wird darüber hinaus, zusammen mit den Gewerkschaften, dem dringlichsten Problem zu Leibe rücken müssen: der Milderung der Wirtschaftsnot.

Wird aber die Reaktion die Möglichkeit zu systematischem Fortarbeiten geben? Das muß bezweifelt werden. Die Uebergriffe, Mißbräuche und Ueberfälle der Faschisten mehrten sich, von außen gesehen macht Deutschland den Eindruck eines Volkes, das sich im labilen Zustand des Bürgerkriegs befindet. Gerade darum ist ja die Aufrechterhaltung der preußischen Position mit seiner bewaffneten Macht so bedeutsam! Ein Sieg des Bürgerkrieg-Faschismus braucht in seinen innerpolitischen Folgen nicht ausgemalt zu werden — ein Blick auf das Vorbild, das niedergeknichtete Italien, genügt. Aber die letzten Tage dürften auch den Blinden die Augen geöffnet haben über die außenpolitischen Perspektiven. Die Forderung der Faschisten im Reichstag nach Aufstellung einer Armee im Osten gegen Polen, nach Aufrüstung auch gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages, enthüllen das ganze verbrecherische Kriegstreiben dieser Abenteuerer und Landsknechte.

Es ist mehr als fraglich, ob auf die Dauer diese ganzen ungeheuren Gefahren nur mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln zu bannen sein werden. Darum muß es jetzt ernster denn je für unsere Organisation heißen: Bereit und gerüstet sein auf alles! Angst die Atempause zu empfinden, fieberhafter Vorbereitung auf alle Formen des Kampfes. In der entscheidenden Auseinandersetzung wird kein Flügel des Bürgerturns zu uns stehen, wird die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterkraft allein ihre Kraft einzusetzen haben? Darauf gilt es, sich einzustellen, schon heute ist die höchste Aktivität zu entfalten.

Oder sollen wir jetzt die Zeit damit vertrödeln, herauszufinden, wer von uns am häufigsten in der Vergangenheit recht behalten hat?

Niemand will das — und darum kann es nur heißen: Die trennende Kameradschaft schmeißet heute die Millionen des sozialistischen Proletariats zu härtester Kampfberbereitschaft.

Kampf um den Remarquefilm auch in Oesterreich

Wien, 22. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die Wiener und niederösterreichischen Landesverbände der Kriegsinvaliden protestieren in einer Entschiedenheit gegen die Hehe, die von der österreichischen Regierung gegen die Aufführung des Remarque-Films eingeleitet worden ist. In der Entschiedenheit heißt es u. a., daß die Hehe nur von jenen Parteien ausgehen könne, die nie im Felde gewesen seien und daher die furchtbaren Greuel des Krieges nicht kennen.

Wien, 22. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Bundesregierung nicht in der Lage sei, den Film „Im Westen nichts Neues“ zu verbieten. Sie überläßt die Entscheidung den Landesregierungen, rät ihnen aber dringend, ihn in ihrem Wirkungsbereich zu verbieten, da durch den Film die Ehre der deutschen Nation beleidigt erseheine.

Der Landesregierung von Wien steht der sozialdemokratische Bürgermeister Seig vor. In den anderen Landesteilen sitzen nur christlich-sozialen Regierungen.

Wien, 23. Dezember. (Eigener Funkenbericht.) Die österreichische Regierung begründet den an die Landesregierungen weitergegebenen Beschluß zu dem Film „Im Westen nichts Neues“ wie folgt:

„Da das Kinowesen nach der Bundesverfassung eine ausschließliche Landesangelegenheit ist, kann ein Verbot des Remarque-Films durch die Bundesregierung nicht in Betracht kommen, andererseits hat aber die Prüfung der Gründe, die die deutsche Filmprüfstelle zu ihrem Verbot veranlaßt hat, ergeben, daß der Film „Im Westen nichts Neues“ tatsächlich dem Ansehen der deutschen Nation abträglich ist. Die Verhinderung der Aufführung des Films erscheint somit aus Gründen der nationalen Solidarität wünschenswert. Es wird daher den Landesregierungen aller Bundesländer eindringlich nahegelegt, die Vorführung des Films in öffentlichen Lichtspieltheatern zu verhindern.“

Die österreichischen Journalisten wehren sich

Die Vertreter der österreichischen Journalistenorganisationen sprachen am Montag beim Justizminister vor, um über die pressefeindliche Handhabung des Pressegesetzes durch Behörden Beschwerde zu führen und eine Änderung des Pressegesetzes zu verlangen. Der Justizminister erklärte, die Regierung habe bisher davon abgesehen, eine Änderung des Pressegesetzes zu beantragen, weil sie mit der deutschen Regierung wegen einer Angleichung des deutschen und österreichischen Pressegesetzes in Verhandlungen stehe.

Verurteilung der indonesischen Revolutionäre

In dem Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder der indonesischen Nationalpartei, die unter der Anklage kommunistischer Pläne standen, wurde vor dem Landgericht Bandung der erste Beschuldigte Soekarno zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen die übrigen Vorstandsmitglieder wurde auf längere Gefängnisstrafen erkannt. Soekarno hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Prozeß dauert insgesamt 5 Monate.

Henderson über die Kriegsgefahr

London, 23. Dezember. (Eigener Funkenbericht.) In einer Rundfunkrede erklärte der englische Außenminister Henderson am Montag abend: Wenn wir das Gebäude des Weltfriedens nicht auf fester Grundlage erreichen, bevor die Erinnerung an den letzten Krieg verschwunden ist, so werden wir früher oder später, und zwar wahrscheinlich eher früher als später, eine Sintflut erleben, die die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen und alle Werte der abendlichen Zivilisation vernichten wird. Es besteht gegenwärtig eine Atmosphäre der Spannungen, und in einigen Schichten lebhafteste Furcht. Ich bin überzeugt, daß niemand den Krieg will und den Krieg plant und daß jeder begreift, daß der Krieg ein Unglück für alle bedeutet. Wenn die gegenwärtige Wirtschaftskrise beendet und die normale Lage wiederhergestellt ist, werden wir sehen, daß wir im Verlauf des Jahres 1930 viel erreicht haben.

Regierung Steeg ergänzt sich

Durch drei Mitglieder aus der Lardieu- und zwei Mitglieder aus der Loucheur-Gruppe
Paris, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Steeg besetzte sich am Montag mit den notwendig gewordenen personellen Ergänzungen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde lediglich mitgeteilt, daß die erwarteten Ernennungen am Dienstag veröffentlicht werden. In der Presse wird jedoch bereits mitgeteilt, daß voraussichtlich zum Pensionsminister der Abgeordnete Dormann von der radikalen Linken, zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium der Abgeordnete Dechappelle, zum Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium der Abg. Guillaume, zum Unterstaatssekretär im Innenministerium der Abgeordnete Tricart-Graevenon, zum Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium der Abgeordnete Poitelin und zum Unterstaatssekretär für den sportlichen Unterricht Henry Paté ernannt werden. Dadurch würde sich das Kabinett Steeg um drei Mitglieder aus der Lardieu- und zwei Mitglieder aus der Loucheur-Gruppe verstärken und somit noch mehr den Charakter eines Versöhnungskabinetts erhalten.

Steeg an der Arbeit

Ministerpräsident Steeg hat zum größten Joch der Reaktion bereits einen Beamtenstich in den hohen Verwaltungssphären eingeleitet. Er hat am Montag den Chef der politischen Polizei, Roguere, einen treu-ergebenen Diener Lardieu, seines Postens enthoben. Wie der „Figaro“ berichtet, soll auch der Pariser Polizeipräsident Chiappe seines Amtes enthoben werden.

Auch Frankreich sperrt sich ab

Paris, 23. Dezember. (Eigener Funkenbericht.) Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Frankreich, die zwar nach der amtlichen Statistik kaum die Ziffer von 5000 erreicht hat — wobei allerdings die ausländischen Arbeiter und die Kurzarbeiter nicht mitgezählt sind —, hat sich das französische Arbeitsministerium zu scharfen Abwehrmaßnahmen entschlossen. Die Einreise ausländischer Arbeiter soll in Zukunft grundsätzlich untersagt werden. Weiter soll die Kontrolle über Ausländer, die in Frankreich leben, außerordentlich verstärkt werden. Arbeiter, die als angebliche Touristen eingereist sind, sollen in Zukunft keine nachträgliche Arbeitslaubnis mehr erhalten.

Der Prozeß gegen die antisemitischen Intellektuellen

Am Montag nachmittag begann vor dem Ausnahmegericht der sensationelle Prozeß gegen die antisemitischen Intellektuellen. Von den Angeklagten sind bisher nur der liberale Journalist Vinciguerra und der rechtssozialistische Journalist Renzo Rendi geständig. Sie erlitten, revolutionäre Propaganda getrieben und entsprechende Aufrufe verfaßt und verbreitet zu haben. Die fränke und alia Witwe des Dichters de Bosis, die bei ihrer ersten Vernehmung erklärt hatte, daß sie stolz darauf sei, zu den Revolutionären gegen das faschistische Regime zu gehören, widersetzte am Montag ihre Geständnisse. Die alte Dame führte augenscheinlich für ihren in der Schweiz weilenden und gleichfalls unter Anklage stehenden Sohn, Benjo Scheinin die veronensischen Lehrer Gelmetti und Benedetti, die beide aus der demokratisch-katholischen Volkspartei stammen und als leidenschaftliche Antifaschisten bekannt sind, sich mit Zeichen der Reue der Milderung des Ausnahmegerichtes empfehlend zu wollen. Das Urteil ist in den späten Nachstunden des Montag, vielleicht auch erst am Dienstag zu erwarten.

Ueberaus hartes Urteil

In dem Prozeß gegen die antisemitischen Intellektuellen wurden die beiden angeklagten Journalisten am Montag abend zu je fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter erhielt drei Jahre Gefängnis. Die übrigen, darunter die Dichterinwitwe de Bosis, wurden freigesprochen.

Die spanischen Gewerkschaften protestieren

Amsterdam, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Dem Internationalen Gewerkschaftsbund ging am Montag ein Telegramm des spanischen Gewerkschaftsbundes zu, in dem der Entzückung über die Verhaftung führender Mitglieder der spanischen Gewerkschaftsbewegung und die scharfen Regierungsmaßnahmen Ausdruck gegeben und erklärt wird, daß der moralische Mut der spanischen Arbeiter nicht erlahmen werde. Der Internationale Gewerkschaftsbund richtete an die spanische Gewerkschaftszentrale ein Telegramm, in dem mit Gerugnung zum Ausdruck gebracht wird, daß sich die spanische Gewerkschaftsbewegung bei den gegenwärtigen Wirren in Spanien von den Grundfragen politischer Klugheit habe leiten lassen.

Auch Argentinien sperrt die Grenzen

Buenos Aires, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die argentinische Regierung hat zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise die Erhöhung der Passgebühren von 3 auf 5 Gold-Pesos (zirka 110 Mark) angeordnet. Alle Konsularvertretungen sind angewiesen, die Auswanderer nach Argentinien auf die schlechte Arbeitsmarktlage in diesem Lande hinzuweisen. Die führenden argentinischen Blätter nehmen gegen die Maßnahmen der Regierung scharf Stellung.

Sie sollten bei zu starkem Essen zu Weichwerden auch nicht vergessen, daß Magenbeschwerden, Brennen im Hals verhindert werden durch Bullrich-Salz.
Leida, Holland
Bullrich-Salz
verfüglich bei Soda-Ärzten und Magenbeschwerden
TABLETTEN

Breslauer Nachrichten Erwerbslosen-Versammlung der Partei

Beschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge durch die neue Notverordnung... In der für gestern nachmittag einberufenen Versammlung...

In der Aussprache gab zunächst Genosse Hänisch einen Bericht über die Tätigkeit der Erwerbslosenkommission...

Erwerbslosen-Versammlung des Reichsbanners

Im Hubertus-Saal, Friedrich-Wilhelm-Straße sprach gestern der erwerbslose Reichsbannerkamerad Kamerad Mache...

Schiwed widerruft sein letztes Geständnis

Wie wir berichteten, hat Schiwed am 6. Dezember dieses Jahres nach vielkündiger Vernehmung ein Geständnis dahin abgelegt...

Warum Flußkataster-Beiträge?

In Zusammenhang mit dem letzten Hochwasser ist die Frage der Flußkatasterbeiträge neuerdings lebhaft erörtert...

Die Gebirgsflüsse Niederschlesiens sind auf Grund des Hochwasserflusses vom 3. Juli 1900 gemeinsam von Staat und Provinz unter Verwendung großer Geldmittel ausgebaut worden...

In der letzten Zeit sind nun mehrfach Einwendungen gegen die Flußkatasterbeiträge erhoben worden. Darauf ist folgendes zu erwidern...

Der Wunsch, den Flußanliegern die Flußkatasterbeiträge gänzlich abzunehmen und sie seitens des Provinzialverbandes zu tragen...

Unrichtig ist auch die vielfach anzutreffende Meinung, es sei gesetzlich festgelegt, daß die Talsperren lediglich dem Hochwasserfluß zu dienen hätten...

Hätte sich die Provinz hier auf den formalen Standpunkt des Gesetzes stellen wollen, so hätte sie diese Beiträge den Anliegern dieser Flüsse als weitere Katasterbeiträge auflegen müssen...

Das Hochwasserflutgebiet sieht ferner zum Vorteil von leistungsunfähigen, katasterpflichtigen Flußanliegern eine Möglichkeit vor, ihnen ihren Beitrag zu ermäßigen oder zu erlassen...

Ferner wird zurzeit geprüft, ob es möglich ist, die Gesamtsumme der Flußkatasterbeiträge der einzelnen Hochwasserflüsse auf die einzelnen Flußanlieger unter einander anders zu verteilen als bisher...

Kommet her zu mir, die Ihr mühselig und beladen seid, ich will Euch erquicken!

Christliche Zustände in einem christlichen Hospiz

Von einem ehemaligen Insassen des christlichen Hospiz wird uns geschrieben: Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, war ich gezwungen...

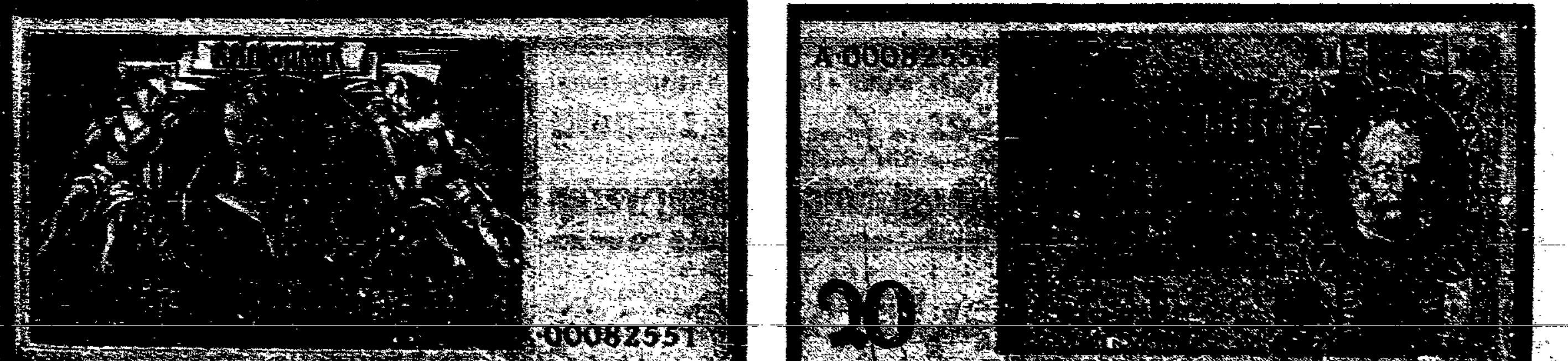
Infolge Verzögerung der Wohlfahrtsunterstützung blieb ich mit meiner Mietzahlung im Rückstand. Als ich gegen 9 1/2 Uhr abends die christliche Stätte betrat...

wöchentliche Hinterlegung der Miete aus angeführten Gründen nicht in Frage kommen konnte. Dieser Herr wußte sehr wohl, daß ich ganz auf die Unterstüzung des Wohlfahrtsamtes angewiesen war...

Aus Kleischkau ausgerissen

Er wollte Weihnachten zu Hause sein Gestern gegen 17 Uhr ist der Strafgefangene Stellmacher Oskar Dreßler aus der Strafanstalt auf der Kleischkaustraße entwichen...

Die neuen Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark



Inserieren Sie in der sozialdemokratischen Presse

Das Inserat hilft in guten und schlechten Zeiten

Der Reichsverband der Deutschen Industrie sandte im Juni d. J. an seine Mitgliederverbände ein Rundschreiben, in dem die Frage der Reklame in der sozialdemokratischen Presse aufgeworfen wurde. Heute ist festzustellen, daß ein großer Teil der Mitgliederverbände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erkannt hat, daß die deutsche Wirtschaft bei ihrer Reklame nicht an der sozialdemokratischen Presse vorbeigehen kann, wenn der Umsatz gesteigert, der Verbrauch gefördert werden soll. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine reklamefeindlichen Absichten aufgeben müssen. Daß weite Kreise des deutschen Volkes die Notwendigkeit erkannt haben, in der sozialdemokratischen Presse zu inserieren, geht nicht nur aus den täglichen Inseraten hervor, die in den mehr als 300 Zeitungen veröffentlicht werden, das beweist auch ein Aufruf des „Mitteldeutschen Handwerksbundes“, der durch die mitteldeutsche sozialdemokratische Presse ging. In diesem Aufruf heißt es:

„Mittbürger! Schafft Arbeit! Kennt ihr die Not des Handwerkes, des Gernerbes? Mehr als je ist seine Existenz bedroht! Helft diese Not lindern! Kauft beim selbständigen Handwerk und Gewerbe. Bestellt und erteilt jetzt Aufträge, auch die kleinsten sind von Wert. Beschäftigt keine Schwarzarbeiter!“

Nicht nur in Mitteldeutschland, sondern in ganz Deutschland, nicht nur in Handwerk und Gewerbe, in allen Wirtschaftszweigen ist diese Notlage vorhanden. Der Mitteldeutsche Handwerksbund hat den richtigen Weg gezeigt.

wie man gegen diese Nöte ankämpfen kann

Es geschieht durch Werbung und Reklame in der sozialdemokratischen Presse. Wir wissen zwar, daß die Kaufkraft breiter Massen bedroht ist, aber dennoch bleibt das Wort wahr, daß Massenumsatz nur durch Massen erzielt werden kann.

Wenn die sozialdemokratische Presse, in diesem Falle als Geschäft, auffordert, ihren Inseratenteil zu benutzen, so hat sie dazu wie keine andere das beste Recht. Sie verfolgt in ihrer politischen Haltung unter anderem das Ziel des Schutzes und der Hebung der Massenkaufkraft, was natürlich auch der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Gewiß ist es schwer, in dieser Zeit der Wirtschaftsnot finanzielle Mittel für die Reklame aufzubringen. Aber Wirtschaft ohne Reklame würde das Absterben jeden Unternehmungsgeistes bedeuten.

Die deutsche Wirtschaft hat heute erkannt, daß Reklame in der Presse einer der wichtigsten Faktoren zum geschäftlichen Erfolg ist. Man prüft die Wirkungsmöglichkeit und Verbreitung jener Zeitungen, in denen inseriert werden soll. Vor allem ist die Massenkaufkraft der Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Massenpresse zu berücksichtigen. Dabei ist besonders beachtenswert, daß die Millionen Leser der sozialdemokratischen Presse

eine gewaltige Gemeinschaft

darstellen, die auch von der gemeinsamen Absicht getragen werden, bei allen Einkäufen nur jene Unternehmungen und Geschäfte zu berücksichtigen, die in der sozialdemokratischen Presse inserieren. Wir dürfen bestimmt im Sinne aller unserer Leserinnen und Leser sprechen, wenn wir diesen Gedanken der Gemeinsamkeit nachdrücklich unterstreichen. Keine andere Presse mag sie noch so groß und noch so einflußreich erscheinen, hat in ihrer Leserschaft eine so wirksame und zugleich ideale Basis.

Voller Stolz dürfen wir aber auch darauf hinweisen, daß die Leserschaft der gesamten sozialdemokratischen Presse die beruhigende Gewißheit hat, daß redaktioneller Teil und Inseratenteil, daß Politik und Geschäft in ihrer Zeitung streng getrennt sind. Die Leserschaft weiß, daß es in ihrer Zeitung keine zweifelhafte Werbung für irgendwelche zweifelhaften Unternehmungen gibt. Jedes reelle und gute Geschäft muß offen und rückhaltlos für seine Ware, weil es von ihrer Güte überzeugt ist; es hat nicht nötig, irgendwelche Schleiswege zu benutzen, um zu die Käuferinnen und Käufer heranzukommen.

Wenn wir davon sprachen, daß die Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeiten bei jeder Reklame geprüft werden müssen, so ist darauf hinzuweisen, daß

die Wirtschaft an der Schwelle dieses Winters

eine gute Möglichkeit hat, eine neue Umsatzsteigerung zu versuchen. In dem kommenden Winter ist das doppelt notwendig. Reklame machen heißt den Umsatz steigern; Umsatz steigern heißt Arbeit beschaffen; Arbeit beschaffen aber heißt wiederum die Kaufkraft heben. Auch das Weihnachtsgeschäft ist in diesen Wochen planmäßig vorzubereiten. Alle Geschäfte und Unternehmungen, oben ihre Weihnachtseinkäufe getätigt, um ihre Waren zu den Mann zu bringen. Es wäre ganz verkehrt, zu warten, bis Käuferinnen und Käufer kommen. Wenn man das tun wollte, dann würde man sicher auf seiner Ware sitzen bleiben. Man muß in dieser Notzeit die vorhandene Kaufkraft für sich zu gewinnen versuchen.

Wer erst 14 Tage vor dem Weihnachtsfest seine Reklame beginnt

der dürfte diesmal bestimmt keinen Erfolg haben. Die Einkäufe werden auf längere Zeit verteilt, und das Geschäft auf der Leipziger Messe zum Beispiel hat begonnen, daß die Verkäufer sich auf diese Festtage bereits eingestellt haben. Auch die Winterverkäufer müssen schon viele Wochen vor Weihnachten ihren Werbeplan durchdenken.

Die Inseratenabteilungen der sozialdemokratischen Zeitungen stehen mit ihren Vertretern schon heute für das Weihnachtsgeschäft ganz mit Rat und Tat zur Verfügung. Jeder Geschäftsmanne wird sich von einem Werbefachmann beraten lassen, denn er weiß, daß die Planung, die Abfassung und die Platzierung der Inserate für den Erfolg von großer Bedeutung sind.

Wenn wir diese Dinge betrachtet, dann ist es erstreblich, immer noch einzelne Verkäufe und Unternehmungen zu finden, die an der sozialdemokratischen Presse vorbeigehen müssen, wenn Reklame gemacht

werden soll. Es mutet geradezu vorsintflutlich an, wenn man von einem Rundschreiben der sächsischen Metallindustriellen Kenntnis erhält, in dem aufgefordert wird, nicht in der sozialdemokratischen Presse zu inserieren. Abgesehen davon, daß eine solche Aufforderung ein unzulässiger Eingriff in die Konkurrenz- und Gewerbefreiheit ist, ist sie zugleich ein Beweis dafür, wie unwirtschaftlich manche Kreise noch immer denken.

Wenn sie der gesamten Volkswirtschaft dienen wollen

können sie doch nicht einfach die gesamte Arbeiterklasse, die erstens den größten Teil des Volkes darstellt und zweitens ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, ausschalten wollen.

Gewiß gibt es heute Auseinandersetzungen zwischen den Klassen, die schwer überbrückt werden können. Die Unternehmer halten an ihren privatwirtschaftlichen Auffassungen fest, auf der anderen Seite stehen heute schon große Unternehmungen auf gemeinwirtschaftlicher Basis. Es gibt unzählige Deutsche, die sich diesen gemeinwirtschaftlichen Betrieben angeschlossen haben und sie unterstützen. — aber wir leben doch in einer Zeit des wirtschaftlichen Überganges, in der alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, um die gemeinsamen Wirtschaftsnöte gemeinsam zu überwinden. Da ist es unserer Meinung nach vollständig verkehrt, in geschäftlichen Maßnahmen allein irgend-einen parteipolitischen Standpunkt entscheiden zu lassen.

Entweder sind auch die sächsischen Metallindustriellen die Wirtschaftsführer, für die sie sich halten, dann müssen sie als die Grundlage ihrer Wirksamkeit die gesamte Wirtschaft betrachten, oder aber sie sind keine Wirtschaftsführer und versuchen nur mit einem Teil der Wirtschaft, mit einem Teil des Volkes Geschäfte zu machen. Ein großer Teil des Volkes wird vertreten von der sozialdemokratischen Presse, hinter der Millionen Leserinnen und Leser stehen, die mit ihrer Massenkaufkraft nicht aus der deutschen Wirtschaft verdrängt werden können. Es ist jener Teil des Volkes, der heute in vielen öffentlichen Betrieben und in vielen gemeinwirtschaftlichen Betrieben seine Vertreter zu Tausenden und Zehntausenden sitzen hat, die sich natürlich auch von ihrer Presse beraten lassen, wenn sie über Einkäufe und Anschaffungen zu entscheiden haben.

Der Einzelne selbst, unsere Leserinnen und Leser

können aus diesen Betrachtungen Nutzen schöpfen. Wir haben nach der Weltreklameausstellung daran erinnert, wie auf der Kölner Presseausstellung gezeigt wurde, daß heute jeder moderne Mensch von der Wiege bis zum Grabe mit der Presse auf das engste verbunden ist.

Alle Familienanzeigen eines jeden Freundes unserer Zeitung kehren in ihre Spalten. Das muß nun zur Selbstverständlichkeit werden. Wir brauchen die Familientage, für die sich ein weiterer Bekanntenkreis interessiert, nicht im einzelnen aufzuführen, jeder muß selbst wissen, was er gern auf einfache Weise — nämlich durch eine Familienanzeige — seinen Bekannten mitteilen möchte.

Aber es gibt im sonstigen täglichen Leben so viele andere Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sich den Inseratenteil der sozialdemokratischen Presse dienstbar zu machen: Wer etwas zu verkaufen hat, der wird das durch eine kleine Anzeige in seiner Zeitung bekanntmachen. Wie oft kommt es vor, daß da ein guterhaltener Gegenstand überflüssig geworden ist und zu Geld gemacht werden soll. Wenn man die Verkaufabsicht für sich behält, dann wird man den Ofen, den Küchenschrank, den Tisch, den man nicht mehr braucht, niemals verkaufen können. Man muß die Verkaufabsicht in der Zeitung kund tun und alle interessierten Leserinnen und Leser werden sich davon unterrichten,

was auf dem „Markt der Leserschaft“ geboten wird

Je mehr dieser Markt benützt wird, um so besser kann sich jede Geschäftsleitung einer Zeitung diesem Gebiete widmen. Dazu kommt, daß die Leserinnen und Leser, die die Anzeigen des täglichen Lebens in ihrer Zeitung veröffentlichen, ein weiteres Gebot der gegenseitigen Unterstützung erfüllen: Sie tragen ihre wenigen Groschen, die sie für diese Zwecke auszugeben haben in eine Zeitung, deren Inseraten sie selbst bei ihren Einkäufen berücksichtigen. Vor allem die Frauen bitten wir, ihre Zeitung auch auf diesem Gebiete zu fördern.

Jeder Geschäftsmann versucht heute

seiner Kundschaft das Beste zu bieten. Schon seine Schaufensterauslagen sollen anziehen und zum Kauf anreizen. Was aber hilft die schönste Auslage, wenn nicht die gesamte Bevölkerung durch ihre Presse auf die Auslagen aufmerksam gemacht wird? Ausverkäufe, Weihnachtsgeschenke, sie mögen noch so vorteilhaft sein, sie können erst Erfolg haben, wenn sie durch Inserate in der Presse bekanntgemacht worden sind.

Fast alle Geschäftskunde bemühen sich heute, dem Kunden in jeder Richtung entgegenzukommen. „Dienst am Kunden“ ist die Parole, ja, es werden sogar Kurse veranstaltet, um die Kunst des Verkaufens zu üben, aber alle diese schönen Bemühungen können doch erst wirksam werden, wenn der Kunde im Geschäft ist. Ob es sich um ganz kleine oder ganz große Unternehmen handelt, das spielt gar keine Rolle.

Erst muss der Kunde da sein

Das aber bekommt man durch die Inseratenwerbung in der Presse. Ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Presse wird durch die sozialdemokratische Presse gestellt. Sie ist ein Mittel zum Erfolg.

Inden Sie alle, denen Sie etwas zu verkaufen haben die Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Presse, als Kunden in Ihr Geschäft ein. Sie werden sehen, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Sie selbst und Ihre Verkäufer und Verkäuferinnen werden dann die Kunst anwenden, die Waren zu verkaufen. Auch hier werden Sie Erfolge haben.

Inserieren Sie bei uns

Paris, du Stadt der Liebe...

Eine Frau will ihrem Mann treu bleiben... und erschießt ihren Geliebten

Vor einem Pariser Schwurgericht hatte sich Madame Thomas zu verantworten. Sie hatte ihren Geliebten erschossen, um ihrem Mann treu zu bleiben. Die nicht alltägliche Tat wurde mit der Verurteilung der Mörderin zu drei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist geahndet.

Eine hässliche, nicht uneheliche Frau sitzt auf der Anklagebank des Schwurgerichts im „Palais de Justice“. Zu beiden Seiten stehen Gendarmen, deren schwere Armeepistolen ihre Körper unter zittern. Das gutmütige gequälte Gesicht der Angeklagten dürfte nicht eben das einer „Verbrecherin“ sein. Der Verurteilungsraum ist bis auf den letzten Platz mit Frauen aller Stufen besetzt. Die Kerzen eines jeden sind aufs höchste angezündet.

Im Jahre 1928 heiratete die Angeklagte den Lagerverwalter in Suresnes. Die junge Madame betätigt sich weiter als Schneiderin in einem bekannten Konfektionsatelier. Der Mann ist nicht von langer Dauer. Im Laufe des Oktober lernt Madame den Chauffeur Dubus kennen. Täglich nimmt sie Fahrt in der Straßenbahn zur Arbeitsstätte. Aus dem zunächst harmlosen Beziehungen wird eine verzehrende Liebe. Ende November schon verläßt Madame Thomas ihren Mann und zieht zu ihrem Freund. Aber die Liebesflammen erlöschen ebenso schnell wie sie entzündet wurden. Vierzehn Tage später trennen sich die Liebenden. Der Traum ist aus. Die junge Frau kehrt zurück zu ihrem angehauchten Mann zurück. Der verzehrt ihr die Existenz. Sie will nicht mehr leben.

Der Chauffeur Dubus kommt nicht zur Ruhe. Seinen schnellen, aber kurzen Erfolg kann er nicht vergessen. Mit allen Mitteln versucht er seine frühere Geliebte gefügig zu machen. Telefonische Anrufe im Schneideratelier, Rohrpostbriefe, stundenlanges Warten im Schneegestöber vor dem Eingang der Arbeitsstätte. Nichts bleibt unversucht. Nichts fruchtet. Da droht er mit Erschießen. Dubus wird auf die Anzeige von Madame Thomas verhaftet. Er wird wegen Vergehens gegen das Wassergesetz verurteilt. Folgt eine Ruhepause für alle Teile. Dubus feiert traurige Weihnachten im Gefängnis. Familie Thomas ist in Suresnes vereint.

18. Januar 1930. Dubus wird entlassen, er hat nichts verfallen. Annäherungsversuche. Dubus dringt in die Wohnung des Ehepaars ein, beschwört Madame Thomas mit ihm zu gehen. Sie weigert sich. Dubus weicht nicht. Da jagt sie ihm eine Kugel in den Kopf.

„Ich hatte Furcht, Herr Präsident“, versichert die Angeklagte. „Aber warum haben Sie nicht um Hilfe gerufen?“ Daran hat sie nicht gedacht. „Aber warum sind Sie nicht geflohen?“ Die Angeklagte erklärt, daß der Chauffeur ihr den Weg versperrte.

Der gefesselt angetraute Ehemann wird als Zeuge vernommen. „Sie lieben kein Aufsehen?“ fragt der Vorsitzende. „Ich verstehe, daß ein alter Frontkämpfer bei sich Waffen aufbewahrt. Aber geladene?“ — „Eine Maie —“

Über 700 Tote auf Java

Aus dem Eruptiongebiet des javanischen Vulkanen Merapi wird gemeldet, daß die Zahl der Toten bereits 700 überschritten hat und wahrscheinlich noch weit mehr Menschen, die vermisst werden, verbrannt sind. Nicht indonesische Dörfer wurden vollständig zerstört. Die Großstädte Mitteljavas sind von Tausenden von Flüchtlingen überfüllt. Der Bezirk Stromboeng ist eine einzige brennende Hölle. Die Katastrophe ist die größte, von der Mitteljava jemals betroffen worden ist.

Die Toten einer Wahnsinnigen

In Kopenhagen tötete am Montag eine plötzlich wahnsinnig gewordene Frau zunächst ihre Schwester, indem sie ihr den Hals durchschnitt. Die Frau stürzte dann mit einem Messer auf die Straße, schnitt einem jungen Mann ein Ohr und einem Chauffeur vier Finger ab. Die wahnsinnige Frau konnte erst nach langen schwierigen Bemühungen übermäßig werden.

Walffisch als Wimenopfer

An der Küste von Nord-Schleswig wurde der vollkommen aufgerissene und zerfetzte Leichnam eines 12 Meter langen Walffisches angeschwemmt. Offenbar war das Tier auf eine vergessene Seekegelmine „aufgelaufen“.

Neuer Bankrott in Paris

In der französischen Bankwelt ist ein neuer Zusammenbruch zu verzeichnen. Die Privatbank Colin in Orient ist am Montag von der Justizbehörde zwangsweise geschlossen worden. Die Bücher des Instituts wurden beschlagnahmt. Der Bankinhaber wurde wegen Unterschlagung verhaftet.

Ein Senegalloldat als Amokläufer

In der südfranzösischen Garnisonstadt Perpignan wurde ein zum Militär eingezogener Senegalese, als er auf den Übungsplatz ausrücken sollte, von einer Herdentrippe befallen. Er besaß die Macht eines Gewehrs und scharf geladener Patronen und durchdrang die Stadt. Drei Personen schoß er nieder, zwei andere wurden von ihm schwer verletzt. Die gesamte Polizei von Perpignan und das dort liegende Senegalregiment sind aufgeboden worden um den Wahnsinnigen, der sich verhasst hatte, unmißverständlich zu machen. Sie gingen mit Tränengasbomben gegen ihn vor. Der Kranke hat sich dann durch einen Kopfschuß selbst getötet.

Hypnotisieren gesundheitschädlich

Die medizinische Akademie in Paris hat nach eingehenden Untersuchungen des Professor Claude das öffentliche Hypnotisieren auf Schaustellungen, Varietés usw. für gefährlich erklärt, da es in vielen Fällen einen außerordentlich schädlichen Einfluß auf nervenkranke Menschen ausübt. Die französische Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf Grund dieses Gutachtens das Abhalten öffentlicher hypnotischer Vorstellungen verbieten.

Sturm auf eine New Yorker Bank

Am Sonnabend nachmittag versuchten 3000 Menschen die Geschäftsräume der Bronx-Bank zu stürmen. Die Polizei trieb die Massen auseinander.

Schwere Bluttat im Ungarn

Eine schwere Bluttat ereignete sich gestern in der Ortschaft Böhen bei Remmingen. Der Keßle des Besitzers Ludwig Kutter, namens Hermann Kutter, überfiel seinen Onkel, verletzte diesen und dessen Haushälterin durch Revolververletzungen schwer und erschloß den 13jährigen Sohn der Haushälterin. Das Motiv zu dem Verbrechen ist darin zu erblicken, daß Hermann Kutter sich bei der Erbeseinkung zugunsten des Sohnes der Haushälterin übergangen gefühlt hat. Der Täter ist flüchtig. Die beiden Schwerverletzten sind ins Krankenhaus übergeführt worden.

Massentod durch Gift

Im Bezirks-Siechenhaus in Jitshin (Nord-Böhmen) entwickelten sich nach Reinigungsarbeiten Blausäuredämpfe, denen bisher vier Männer und sechs Frauen zum Opfer fielen. Dreizehn Personen schweben in Lebensgefahr. Die Blausäure, mit der die Reinigungsaktion vorgenommen wurde, war deshalb gewählt worden, weil alle anderen Mittel gegen die Wanzenseuche, unter der das Haus litt, versagten. Die meisten der Toten, die übrigens fast sämtlich über 60 Jahre alt sind, sind an Herzkrämpfen gestorben.

Arbeitslosentragödie

Am Montag nachmittag drang ein 36 Jahre alter Maler aus Ostpreußen bei Berlin in die Räume des Reichsarbeitsministeriums ein und richtete auf einen der Amtsdiensten, den nicht zum Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald vorläufig eine Scheintatpistole. Schächer wurde überwältigt und in die Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums gebracht. Der Täter ist bereits seit sieben Jahren arbeitslos. Er beschäftigte sich seit längerer Zeit mit Reformen zur Lösung des Arbeitslosenproblems und war empört über, daß ihm ein Beamter des Reichsarbeitsministeriums gehorcht hatte, seine Pläne zunächst in einer Eingabe darzulegen. Die Bemerkung ergab den Eindruck, daß Schächer durch die Arbeitslosigkeit seelisch vollkommen zermürbt worden ist.

Doppelmord um 10 Mark

Der am Sonntag in Berlin R. verübte Doppelmord an dem Paar Rickmann hat noch der Aufklärung. Vorläufig ist man noch nicht, ob es sich um einen oder mehrere Täter handelt. Die „Beute“ beträgt kaum mehr als 10 oder 12 Mark.

Heberfall auf ein Goldwarengeschäft

Fünf junge Barichen fuhrten gestern kurz vor Mitternacht einer Kraftdrosche vor dem Hause Kolonnenstraße 50 Berlin-Schöneberg, in dem sich ein Goldwarengeschäft befindet. Während zwei in dem Wagen blieben, zerrümmerten die anderen die große Schaufensterscheibe des Juwelergeschäftes und stießen aus den Auslagen an Goldwaren und Brillanten zusammen, was sie erreichen konnten. Der Inhaber des Geschäfts, der sich noch in dem hinter dem Laden befindlichen Inneren befand, kürzte in den Laden, konnte die Täter aber nicht mehr erreichen. Diese sprangen in die Kraftdrosche und wangen den Chauffeur unter Bedrohung mit einem Revolver, davonzufahren. In der Gegend der Straße ließen sie den Wagen halten, überkletterten den eines Kumpelplatzes und entkamen in der Dunkelheit. Ob sie geraubt haben, konnte noch nicht festgestellt werden.

Großer Juwelen- und Bargelddiebstahl

In einem Berliner Juweliergeschäft des Westens wurde am Montag ein Diebstahl entdeckt, der für die Spitzhaken insgesamt den Ertrag von rund 100 000 Mark ergeben hat. Außer Wertgegenständen in Höhe von 100 000 Mark sind den Geldschrankknackern 10 000 Mark Bargeld in die Finger gefallen.

Wegen Juwelendiebstahls verurteilt

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Sonntag die Hausangestellte Frieda Kathe wegen Diebstahls von Monaten Gefängnis und den Kaufmann Solomon Rickmann wegen Anstiftung zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte anderthalb bzw. zweieinhalb Jahre Gefängnis gefordert. Die Beiden hatten im April d. J. die Wohnung eines Berliner Bankdirektors, bei dem die Kathe arbeitete, in Berlin, im Wert von etwa 140 000 Mark geplündert, waren dann nach Warschau geflüchtet und dort verhaftet worden.

Arbeiterchaft und Fensterfandal

Am 18. Januar hält der Arbeiter-Spielband in Berlin die erste Reichskonferenz ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem eine Ausprache über die zahlreichen Fensterfandale der Zeit.

Schiffwrecker gefährdet mit Menschenleben

Von der Bombardierbrücke in Hamburg rückte sich am Sonntagabend ein 57jähriger Handlungsgehilfe in die Mitte. Der Wrecker wurde bald geborgen, doch blieben die Wiederherstellungsversuche erfolglos. Bei der Bergung erregte sich ein Unfall, durch den acht Menschenleben in Gefahr gerieten. Unweit der Wreckerbrücke lag ein Kesselschiff eines Hamburger Kesselschiffbauers, dessen Mannschaft sofort verjagt, den Lebensgefahr zu weichen. Dabei wurde der Kesselschiffbau von einem herankommenden Altschiffen glatt durchgeschnitten, wobei der Kesselschiffbau ins Wasser kippte. Der Kapitän des Schiffbauers dankte, daß die acht Menschen bei der Dunkelheit und der Gefahr der herankommenden Menge sämtlich geborgen wurden.

Wetter Eplosion in einem Straßenbahnhof

Im Straßenbahnhof an der Gropiusstraße in Berlin ereignete sich gestern bei Schweißarbeiten eine Explosion, die sechs Personen tötete und viele Verletzte hinterließ.

Von der Deichsel angepöckelt

Der Organist des Bernhardiner-Klosters in Kolo (Polen) Jan Malysmowski fuhr nachts mit seinem Fahrrad mit großer Geschwindigkeit gegen einen ihm entgegenkommenden Wagen. Dabei wurde er von der Wagendeichsel förmlich aufgepöckelt und blieb mit durchbohrtem Unterkörper an der Deichsel hängen. Der Unglückliche starb unter schrecklichen Qualen auf dem Transport ins Krankenhaus.

Die Benzolokomotive von Alsdorf

Das Bergrentieramt Aachen teilt mit: Bei den Aufräumungsarbeiten auf Grube Anna II in Alsdorf hat man nach der Bergung der letzten Toten die Benzolokomotive von oben freigelegt. Man kann schon jetzt sagen, daß ein Brand der Lokomotive nicht stattgefunden hat. Eine genaue Untersuchung der Lokomotive kann aber erst stattfinden, wenn diese ganz freigelegt sein wird. Damit ist aber voraussichtlich erst in der ersten Januarwoche zu rechnen.

Bergleichen im Dreigroschen-Prozess

Zwischen Bert Brecht, dem Dichter der „Dreigroschenoper“ und der Nero-Filmgesellschaft, die im Auftrage der Tobis das Brechtsche Bühnenwerk in einer Reihe verfilmen wollte, die Brecht vom künstlerischen Standpunkt aus nicht glauben vertreten zu können, kam es zu einer Einigung, durch die die weiteren Gerichtsverhandlungen in dieser Sache illusorisch werden. Es ist nunmehr mit der baldigen Fertigstellung und Auführung des „Dreigroschenoper“-Films zu rechnen.

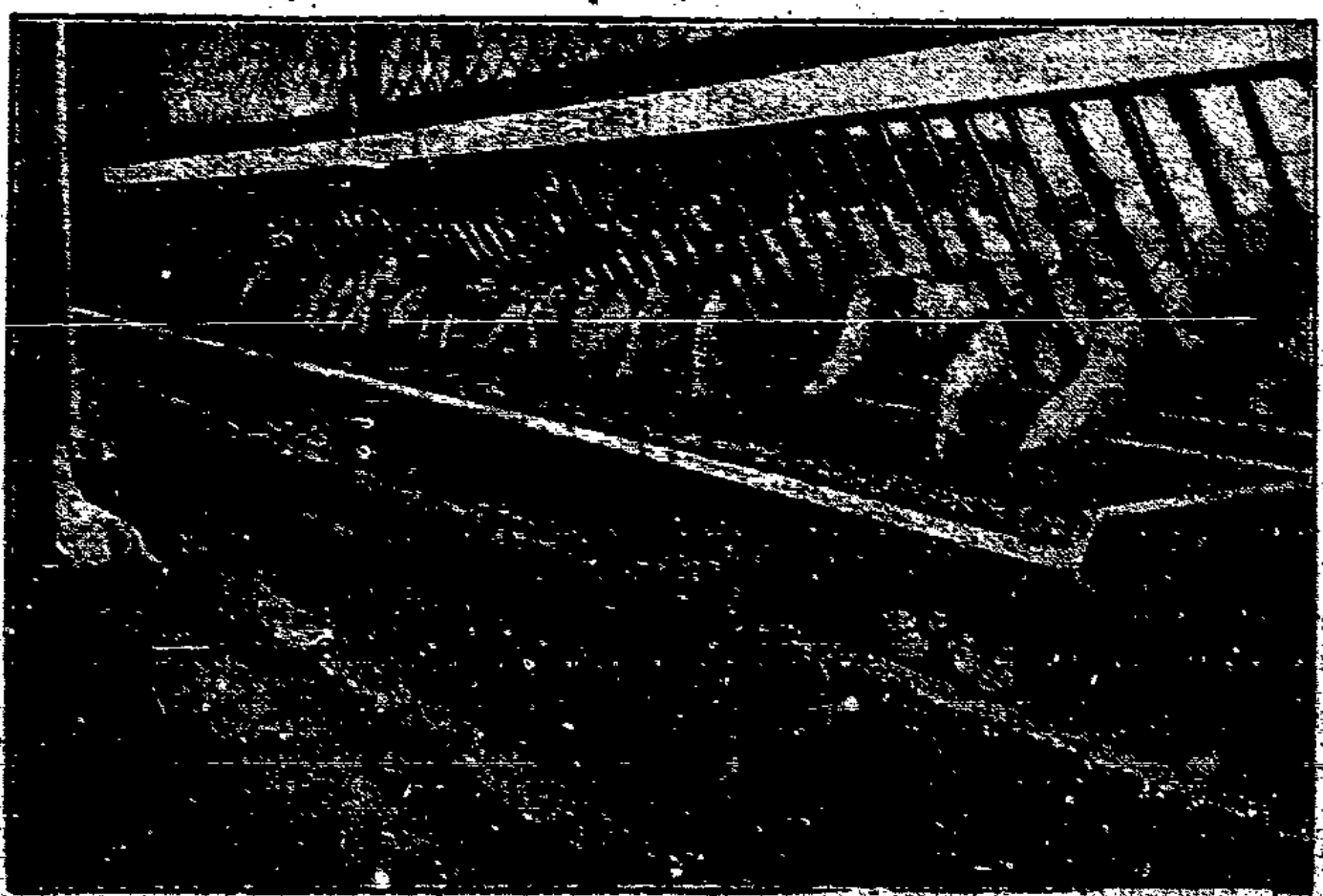
Zodesurteil für Versicherungsmord

Der Brauereibesitzer Wiedemann aus Ravensburg (Bodensee), der seine Frau ermordet hatte, um sich in den Besitz einer auf 300 000 Mark abgeschlossenen Lebensversicherung zu setzen, wurde vom Gericht Ravensburg in der ersten und unumkehrbar auch in der zweiten Instanz zum Tode verurteilt.

Die Ersatzteile für „Do X“ in Lissabon eingetroffen

Nachdem die erforderlichen Ersatzteile für das Dornierflugboot Do X nunmehr von Altscheid in Lissabon eingetroffen sind, hat Kapitän Christianen zusammen mit dem Flugkapitän Herz das Flugboot für die Dauer der Wiederherstellung dem von der Bauwerkst entworfenen Ingenieur Berner übergeben. Kapitän Christianen hat zusammen mit Flugkapitän Herz eine Reise nach Deutschland angetreten, um das Weihenachtsfest zu Hause zu verbringen. Danach werden die Herren nach Friedrichshafen kommen, um mit Dr. Dornier den Weiterflug einzeln zu beraten.

Gier am laufenden Band



werden in einer Fabrikfabrik „fabriert“, die in größtem Maße von den Glas-Kupfer-Werken in Jinsen in der Karl eingegründet

5000 Hämmer, die in Küssen gehalten werden, legen dort täglich 1400 bis 2000 Eier, die sofort auf ein laufendes Band

